

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Glyphosat-Einsatz beenden! (Drs. 17/6439)**

...

**Rosi Steinberger** (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Pflanzengift Glyphosat ist in unserer Umwelt allgegenwärtig. Es wird in Deutschland in großen Mengen angewendet – circa 6.000 Tonnen pro Jahr. Schätzungsweise werden 30 bis 40 % aller Ackerflächen mit diesem Totalherbizid behandelt. Da wundert es nicht, wenn Glyphosat im Körper vieler Menschen gefunden wird. Eine neue Studie berichtet von Glyphosat in der Muttermilch. Da müssen doch alle Warnglocken schrillen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Umwelt reichert sich ebenfalls Glyphosat an. Auf Nachfrage berichtet die Staatsregierung, dass in 60 % aller Oberflächengewässer Glyphosat gefunden wurde. Sogar im Grundwasser taucht es vereinzelt auf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Fakten. Warum wird dieses Gift so oft verwendet? - Aus Anwendersicht hat Glyphosat besondere Vorteile. Es ist nicht selektiv, das heißt, es tötet zuverlässig alle Pflanzen ab. Manchmal wird es auch zur Reifebeschleunigung von Getreide angewandt. Das erleichtert natürlich die Arbeitsabläufe. Glyphosat ist unter dem Namen Roundup auch im Zusammenhang mit der Gentechnik bekannt; denn Sojapflanzen werden mit Gentechnik resistent gemacht und überleben die Giftdusche. In Südamerika hat man deshalb schon viel Erfahrung mit diesem Wirkstoff gemacht. Es wird ein dramatischer Anstieg von Krebserkrankungen bei Anwohnern von Soja-Plantagen gemeldet. Immer mehr missgebildete Kinder werden geboren. In manchen Gegenden erreicht die Krebsrate bereits 30 %. Dass das Roundup die Ursache für diese Krankheitsfälle ist, kann bisher nicht eindeutig bewiesen werden. Die Indizien sind jedoch sehr zahlreich. Der Verdacht steht jedenfalls schon sehr lange im Raum. Nun hat die WHO dieses Gift als wahrscheinlich krebserregend beim Menschen eingestuft. In dieser Arbeitsgruppe waren 17 Wissenschaftler aus 11 Ländern beteiligt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da besteht doch Handlungsbedarf. Glyphosat wird auf europäischer Ebene gerade neu bewertet. Die deutschen Behörden haben allerdings schon abgewiegelt. Selbst der Bundeslandwirtschaftsminister sieht keinen Grund zur Sorge. Das macht mir persönlich schon Sorgen. In diese Bewertung ist die WHO-Einstufung noch gar nicht

eingeflossen. Diese neue Erkenntnis muss unbedingt in die Bewertung einfließen. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch hier in Bayern können wir etwas zum Schutz der Menschen tun. Dabei denke ich zum Bei-spiel auch an die Anwender, die am stärksten mit diesem Gift in Berührung kommen. Sogar viele große Gartenmärkte bieten nun keine Glyphosat-Produkte mehr an, und zwar freiwillig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann der Staat doch auch. Deshalb stellen wir unseren Antrag. Wir möchten, dass der Staat seiner Vorbildfunktion gerecht wird und auf seinen eigenen Flächen auf die Anwendung von Glyphosat verzichtet. Wir beantragen, dass der Verzicht von Glyphosat in die Umweltrichtlinien für das öffentliche Auftragswesen aufgenommen wird. Wir wollen, dass die Staatsregierung auf Bundesebene und auf europäischer Ebene für ein Verbot von Glyphosat eintritt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die WHO hat uns deutlich gewarnt. Es kann nicht sein, dass diese Warnung in den Wind geschlagen wird, nur weil es für die Anwender so praktisch ist. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)